

Substanzielles Protokoll 207. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 18. Dezember 2013, 17.30 Uhr bis 19.11 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Jürg Ammann (Grüne), Christina Hug (Grüne)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 12. | 2013/296 | Weisung vom 04.09.2013:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Triemli / In der Ey,
Quartier Albisrieden, Erstellen eines ZM-Pavillons, Objektkredit | VHB
VSS |
| 13. | 2013/297 | Weisung vom 04.09.2013:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Leutschenbach,
Quartier Saatlen, Erstellen eines ZM-Pavillons, Objektkredit | VHB
VSS |
| 14. | 2013/298 | Weisung vom 04.09.2013:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Untermoos, Quartier
Altstetten, Erstellen eines ZM-Pavillons, Objektkredit | VHB
VSS |
| 15. | 2013/299 | Weisung vom 04.09.2013:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Holderbach, Quartier
Affoltern, Erstellen eines ZM-Pavillons, Objektkredit | VHB
VSS |
| 16. | 2013/280 | Voranschlag 2013, Beitrag an die Stiftung Greater Zurich Area
(GZA), Beschwerde des Stadtrats Zürich gegen den Beschluss
des Gemeinderats vom 10.07.2013, Beschluss des Bezirksrats
Zürich, Verzicht auf eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht
des Kantons Zürich | |
| 17. | 2013/68 | A Postulat von Rebekka Wyler (SP) vom 06.03.2013:
Druck des städtischen Steuerregisters sowie öffentliche Auflage
im Steueramt | FV |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

4592. 2013/296

Weisung vom 04.09.2013:

Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Triemli / In der Ey, Quartier Albisrieden, Erstellen eines ZM-Pavillons, Objektkredit

Ausstand: Jean-Claude Virchaux (CVP)

Antrag des Stadtrats

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Triemli / In der Ey, In der Ey 20, 8047 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 570 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung des Weisung, Kommissionsmehrheit und Rückweisungsantrag:

Mark Richli (SP): *In allen Quartieren der vier Standorte hat ein starker Zuwachs der Bevölkerung stattgefunden und somit auch der Schülerinnen und Schüler. Ein weiterer Anstieg wird auch für die nächste Zukunft prognostiziert, weshalb der Bedarf ausgewiesen ist. Die Positionierung der Pavillons ist von der Verwaltung sorgfältig abgeklärt und der bestmögliche Standort festgesetzt worden. Würde die Weisung zurückgewiesen, hätte dies zur Folge, dass die Pavillons nicht auf das Schuljahr 2014/2015 gebaut werden können. Die Mehrheit der Kommission beantragt deshalb den Rückweisungsantrag abzulehnen.*

Rückweisungsantrag Kommissionsminderheit:

Peider Filli (Grüne): *In der Ey soll der Pavillon auf der Sportwiese des Schulhauses aufgestellt werden. Der Platz zum Spielen wird den Kindern somit weggenommen. Noch mehr stört, dass dort zusätzlich zwei Parkplätze geplant sind.*

Weitere Wortmeldung:

Margrit Haller (SVP): *Der dreigeschossige Pavillon wird neben dem Schulhaus Triemli, am Rand dieser Spielwiese platziert. Er nimmt also den Schülerinnen und Schülern keinen Freiraum weg.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Pavillonplatzierung soll nochmals überdacht werden, er soll wenn möglich nicht auf der Spielwiese zu stehen kommen.

Mehrheit: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Ackermann (CVP), Ruth Anhorn (SVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit: Peider Filli (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen zu.

Änderungsantrag

Kommissionsmehr/-minderheit:

Mark Richli (SP): Die Pavillons sind von der Politik bestellt. Der Qualität entsprechend ist das Resultat der Submission ausgefallen und der Vergleich mit Billig-Pavillons ist nicht seriös. Der Kürzungsantrag der SVP von 10 % ist nicht umsetzbar und nicht zu unterstützen.

Margrit Haller (SVP): Wir finden die ZM-Pavillons gegenüber anderen Anbietern zu teuer und beantragen deshalb eine entsprechende Kürzung.

Weitere Wortmeldungen:

Claudia Simon (FDP): Wir werden den Kürzungsantrag der SVP bei den ersten drei Objekten unterstützen.

Isabel Garcia (GLP): Bei jeder Weisung sollte genau darüber nachgedacht werden, ob dies nicht auch bescheidener umgesetzt werden kann. Die GLP wird deshalb auch für die Kürzung stimmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Die Pavillons sind 2012 ausgeschrieben worden; man entschied sich für das Produkt mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Die Klassenzimmer lehnen sich an die Schulbaurichtlinien an und können nicht verändert werden. Die Qualität müssen und wollen wir uns leisten und nicht etwas ganz anderes nochmal bestellen.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Triemli / In der Ey, In der Ey 20, 8047 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 213 000.- bewilligt. Die Kredit-

summe erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Mehrheit: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Peider Filli (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit: Margrit Haller (SVP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 54 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Enthaltung: Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Anhorn (SVP), Peider Filli (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Christian Huser (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 69 gegen 12 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Triemli / In der Ey, In der Ey 20, 8047 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 570 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2014)

4593. 2013/297

**Weisung vom 04.09.2013:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Leutschenbach, Quartier Saatlen,
Erstellen eines ZM-Pavillons, Objektkredit**

Ausstand: Jean-Claude Virchaux (CVP)

Antrag des Stadtrats

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Leutschenbach, Saatlenfussweg 3, 8050 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 610 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung des Weisung, Kommissionsmehrheit und Änderungsantrag:

Mark Richli (SP): Im Leutschenbach soll ein dreigeschossiger ZM-Pavillon gebaut

werden, in dem drei Kindergärten und zwei Primarklassen Platz finden sollen. Eine Kürzung ist nicht umsetzbar und nicht seriös.

Kommissionsminderheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): *Wir beantragen eine Kürzung des Objektkredits. Grund sind die schon erwähnten zu hohen Kosten im Vergleich zu Schulhauspavillons in anderen Gemeinden.*

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Garcia (GLP): *Die GLP wird auch hier die Kürzung mittragen. Wir haben wenig Verständnis dafür, dass so kurz nach der Einweihung eines sogenannten Leuchtturm-Schulhauses jetzt schon ein Pavillon notwendig ist.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Leutschenbach, Saatlenfussweg 3, 8050 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 249 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Mehrheit: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Peider Filli (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit: Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Christian Huser (FDP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 54 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Peider Filli (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Enthaltung: Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Christian Huser (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 67 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Leutschenbach, Saatlenfussweg 3, 8050 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 610 000.– bewilligt. Die

Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2014)

4594. 2013/298

**Weisung vom 04.09.2013:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Untermoo, Quartier Altstetten,
Erstellen eines ZM-Pavillons, Objektkredit**

Ausstand: Jean-Claude Virchaux (CVP)

Antrag des Stadtrats

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Untermoo, Altstetterstrasse 248, 8048 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 610 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung des Weisung, Kommissionsreferent und Rückweisungsantrag:

Mark Richli (SP): *Es geht hier um einen dreigeschossigen Pavillon, in dem vier Kindergärten mit zwei Gruppenräumen Platz finden. Im 2. OG sind ab 2016/2017 Klassenräume vorgesehen. Eine Rückweisung hätte zur Folge, dass die Klassenzimmer nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen würden.*

Rückweisungsantrag Kommissionsminderheit:

Peider Filli (Grüne): *Hier werden fünf zusätzliche Parkplätze geplant; die Lehrer könnten aber genauso gut mit dem ÖV zur Schule kommen.*

Weitere Wortmeldungen:

Ruth Anhorn (SVP): *Der Platz, an dem der Pavillon platziert werden soll, wird momentan von den Kindern nicht gross genutzt. Deshalb lehnen wir den Rückweisungsantrag ab.*

Claudia Simon (FDP): *Die Grünen stellen offenbar die Parkplatzdebatte darüber, dass ein Schulhaus rechtzeitig gebaut werden kann.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Pavillonplatzierung soll nochmals überdacht werden, er soll wenn möglich nicht auf der Spielwiese zu stehen kommen.

Mehrheit: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Ackermann (CVP), Ruth Anhorn (SVP), Marianne Dubs Früh (SP), Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Christian Huser (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit: Peider Filli (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 15 Stimmen zu.

Änderungsantrag

Kommissionsmehr/-minderheit:

Mark Richli (SP): Die Kürzung ist weder sinnvoll noch möglich. Die Mehrheit beantragt, mit dem Stadtrat zu stimmen.

Ruth Anhorn (SVP): Wir finden die ZM-Pavillons gegenüber anderen Pavillons zu teuer.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Untermoos, Altstetterstrasse 248, 8048 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 249 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Mehrheit: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Peider Filli (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Minderheit: Ruth Anhorn (SVP), Referentin; Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Christian Huser (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 55 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
Enthaltung: Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Anhorn (SVP), Peider Filli (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Christian Huser (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 67 gegen 14 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Untermoos, Altstetterstrasse 248, 8048 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 3 610 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2014)

4595. 2013/299

Weisung vom 04.09.2013:

Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Holderbach, Quartier Affoltern, Erstellen eines ZM-Pavillons, Objektkredit

Ausstand: Jean-Claude Virchaux (CVP)

Antrag des Stadtrats

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Holderbach, Wehntalerstrasse 563, 8046 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 2 740 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Referent zur Vorstellung des Weisung, Kommissionsmehrheit und Änderungsantrag:

Mark Richli (SP): *In diesem zweigeschossigen Pavillon sind ein Kindergartenraum und drei Betreuungsräume vorgesehen. Der Bedarf ist aufgrund des starken Bevölkerungswachstums in Affoltern mehr als ausgewiesen. Die SVP will auch noch Betreuungsräume kürzen, weil der Vorschlag wesentlich grösser ausfällt als 10 % vom üblichen Betrag. Dafür wurde aber kein Antrag gestellt.*

Kommissionsminderheiten:

Dr. Thomas Monn (SVP): *Wir wollen die 10 % aus den erwähnten Kostenüberlegungen einsparen. Zusätzlich möchten wir ein Drittel kürzen, weil wir gegen den Ausbau der Betreuungsangebote sind. In dem Quartier gibt es bereits vier Horte und es ist unnötig, zusätzlich 75 Betreuungsplätze auf Vorrat zu schaffen.*

Claudia Simon (FDP): *Wir möchten, wie bei den anderen Anträgen, 10 % kürzen. Wir haben hier eine Schulhauspavillonweisung, die sich auf das nächste Schuljahr bezieht, weshalb wir gegen die zusätzliche Drittelkürzung sind.*

Weitere Wortmeldung:

Isabel Garcia (GLP): *Wir werden uns aus den genannten Gründen der Minderheit 2 anschliessen. Wir sind nicht für den Abbau der Betreuungsplätze.*

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Holderbach, Wehntalerstrasse 563, 8046 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 1 644 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Mehrheit: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Peider Filli (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
 Minderheit: Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Margrit Haller (SVP), Christian Huser (FDP), Claudia Simon (FDP)

Claudia Simon (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Holderbach, Wehntalerstrasse 563, 8046 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 2 466 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(2 740 000)	66 Stimmen
Antrag Minderheit	(1 644 000)	26 Stimmen
Antrag FDP-Fraktion	(2 466 000)	<u>28 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Vizepräsidentin Christina Hug (Grüne), Ruth Ackermann (CVP), Marianne Dubs Früh (SP), Peider Filli (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
 Minderheit: Dr. Thomas Monn (SVP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Margrit Haller (SVP)
 Enthaltung: Isabel Garcia (GLP), Christian Huser (FDP), Claudia Simon (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 26 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für das Erstellen eines «Züri Modular»-Pavillons auf der Schulanlage Holderbach, Wehntalerstrasse 563, 8046 Zürich, wird ein Objektkredit von Fr. 2 740 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2013) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. Januar 2014)

4596. 2013/280

Voranschlag 2013, Beitrag an die Stiftung Greater Zurich Area (GZA), Beschwerde des Stadtrats Zürich gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 10.07.2013, Beschluss des Bezirksrats Zürich, Verzicht auf eine Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Zürich

Der Gemeinderat Zürich hat am 7. März 2012 der Weisung 2011/326 vom 14.09.2011 zugestimmt und der Stiftung Greater Zurich Area (GZA) für die Jahre 2012–2015 Fr. 250 000.– pro Jahr zugesprochen. Das Referendum gegen diesen Entscheid wurde nicht ergriffen.

Im Rahmen der Beratung des Voranschlags 2013 strich der Gemeinderat mit Beschluss vom 12.12.2012 den Jahresbeitrag für das Jahr 2013 aus dem Budget. Mit der Weisung 2013/174 vom 22.05.2013 beantragte der Stadtrat, den Jahresbeitrag mit den Zusatzkrediten I. Serie 2013 erneut in das Budget 2013 einzustellen. Der Gemeinderat hat am 10.07.2013 dem Jahresbeitrag 2013 an die Stiftung Greater Zurich Area (GZA) zwar mehrheitlich zugestimmt, doch das Quorum der geltenden Ausgabenbremse wurde verfehlt, womit der Zusatzkredit an der Ausgabenbremse scheiterte.

Mit Eingabe vom 14.08.2013 erhob der Stadtrat gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 10.07.2013 Gemeindebeschwerde beim Bezirksrat Zürich.

Mit Beschluss vom 28.11.2013 hob der Bezirksrat Zürich den Gemeinderatsbeschluss vom 10.07.2013 bezüglich des verweigerten Zusatzkredits auf und stellte den Jahresbeitrag 2013 von Fr. 250 000.– an die Stiftung Greater Zurich Area (GZA) ins Budget 2013 ein.

Gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich Beschwerde erhoben werden.

Ist ein Beschluss der Gemeinde oder des Gemeinderats im Rechtsmittelverfahren aufgehoben oder geändert worden, entscheidet gemäss § 155 Gemeindegesetz (GG) der Gemeinderat, ob er seinerseits den Rechtsmittelweg beschreiten soll. Die Antragsstellung obliegt gemäss Art. 52^{ter} Abs. 1 lit. j Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) dem Büro.

Den Mitgliedern des Büros des Gemeinderats, sowie den Fraktionspräsidenten sind folgende Unterlagen zugestellt worden:

- Beschwerdeschrift des Stadtrats an den Bezirksrat Zürich vom 14.08.2013
- Beschluss des Bezirksrats Zürich vom 28.11.2013 (GE.2013.49/2.02.00)

Büromehrheit/-minderheit:

Ratspräsident Martin Abele (Grüne): Die Mehrheit beantragt, auf eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich zu verzichten. Der Gemeinderat hat im

Sommer den Zusatzkredit mehrheitlich angenommen. Einer Beschwerde werden allgemein wenig Aussichten auf Erfolg eingeräumt, weil der Fall juristisch klar ist.

Mauro Tuena (SVP): *Es geht darum, ob der Gemeinderat im Rahmen einer Budgetdebatte an Beträgen etwas ändern kann, die bereits in Weisungen behandelt wurden. Wenn der Entscheid des Bezirksgerichts rechtsgültig ist, hat dies einschneidende Massnahmen zur Folge. Deshalb sollte man es hier nicht dabei belassen, sondern den Grundsatzentscheid einer höheren Instanz einfordern.*

Weitere Wortmeldungen:

Markus Hungerbühler (CVP): *Auf die Weiterziehung kann verzichtet werden, da kein objektiver juristischer Grund dafür vorliegt.*

Min Li Marti (SP): *Der Bezirksrat hat bestätigt, dass wir bei Verpflichtungskrediten nicht so verfahren können. Die aussichtslose Weiterziehung vor das Verwaltungsgericht können wir uns deshalb sparen.*

Niklaus Scherr (AL): *Es ist nicht die Quintessenz des Entscheids, dass uns bei Verpflichtungskrediten die Hände gebunden sind. Der Entscheid bezieht sich klar auf das einzelne Geschäft. Wenn man einen Betrag beschliesst und Submissionen und Verträge gemacht sind, herrscht eine Gebundenheit. Bei vielen Beschlüssen, die wir selber tragen, gibt es jedoch einen Budgetspielraum. Man sollte nicht das falsche Objekt vor das Verwaltungsgericht ziehen.*

Christoph Spiess (SD): *Wir haben hier das Problem, dass Aussenstehende eine Zusicherung bekommen haben, was den schweren Stand erklärt. Trotzdem sollte der Rechtsstreit ausgefochten werden. Bei einer Absage müsste die Konsequenz sein, solche Institutionen nicht mehr auf mehrere Jahre hinaus zu subventionieren, sondern diese Verhandlungen Jahr für Jahr wieder neu zu führen.*

Michael Schmid (FDP): *Im konkreten Fall ging es um einen mehrjährigen Verpflichtungskredit zu Gunsten von Dritten, den der Gemeinderat vorbehaltlos gesprochen hat. Aufgrund dieser Gebundenheit müssen die Beträge auch so eingestellt werden und ein gerichtlicher Weiterzug bringt nichts. Es schränkt unsere Budgethoheit aber nicht ein, wenn man sich inskünftig gewisse Überlegungen dazu macht.*

Dr. Martin Mächler (EVP): *Auch die EVP spricht sich gegen den Weiterzug an das Verwaltungsgericht aus. Wenn man Verpflichtungen gegenüber Dritten eingeht, muss man dazu stehen.*

Min Li Marti (SP): *Sicher besteht ein Unterschied zwischen Verpflichtungen gegenüber Dritten und Pilotprojekten, die die Stadt selber lanciert. Doch auch für die eigene Arbeit ist es schwierig, wenn man ein dreijähriges Pilotprojekt startet und verabschiedet, aber es nach einem Jahr nicht mehr für eine gute Idee hält. Das ist eine Frage der politischen Redlichkeit und Verlässlichkeit. Grundsätzlich muss man sich also die Frage, ob ein Projekt über einen längeren Zeitraum sinnvoll ist, auch stellen, wenn man die Weisung behandelt.*

Mauro Tuena (SVP): *Wenn der Antrag abgelehnt wird, soll dies keine Steilvorlage für kommende langwierige Diskussionen in nächsten Budgetdebatten sein, bei denen man argumentiert, dass der Bezirksrat eine grundsätzliche Absage erteilt hat.*

Walter Angst (AL): *Der Stadtrat muss nicht, nur weil wir einen Verpflichtungskredit*

beschlossen haben, alles bis auf den letzten Franken ausgeben. Genauso hat der Gemeinderat das Recht, bei den Projekten, denen keine Verträge zugrunde liegen oder wo diese aufgelöst werden können, die Kosten zu minimieren. Man tut einer Diskussion über ein Rechtsmittelverfahren oder einen Verzicht keinen Dienst, indem man Unklarheiten schafft.

Mauro Tuena (SVP): *Der Stadtrat ist offenbar der Überzeugung, dass es analoge Fälle zur GZA-Beitragskürzung gibt und hat dies auch entsprechend schriftlich mitgeteilt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die schriftliche Liste konnte aufgrund der Kurzfristigkeit vorher nicht mehr offiziell absegnet werden. Die Konsequenz aus dem Urteil ist, dass die Stadt gegenüber Dritten praktisch nicht mehr vertragsfähig ist. Diese Frage sollte vertieft mit der RPK im Gemeinderat diskutiert werden. Das ganze System zu hinterfragen, würde uns als Stadt in unserer Handlungsfähigkeit einschränken.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit des Büros beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Beschwerde gegen den Beschluss des Bezirksrats Zürich vom 28.11.2013 beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich betreffend der Einstellung des Jahresbeitrags 2013 an die Greater Zurich Area (GZA) wird verzichtet.

Die Minderheit des Büros beantragt dem Gemeinderat:

Gegen den Beschluss des Bezirksrats Zürich vom 28.11.2013 betreffend der Einstellung des Jahresbeitrags 2013 an die Greater Zurich Area (GZA) wird beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich Beschwerde erhoben.

Mehrheit:	Präsident Martin Abele (Grüne), Referent; 1. Vizepräsidentin Dorothea Frei (SP), 2. Vizepräsident Matthias Wiesmann (GLP), Helen Glaser (SP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mark Richli (SP)
Minderheit:	Mauro Tuena (SVP), Referent
Enthaltung:	Albert Leiser (FDP)
Ohne Stimmrecht:	Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 26 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Auf eine Beschwerde gegen den Beschluss des Bezirksrats Zürich vom 28.11.2013 beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich betreffend der Einstellung des Jahresbeitrags 2013 an die Greater Zurich Area (GZA) wird verzichtet.

Mitteilung an den Stadtrat

4597. 2013/68

Postulat von Rebekka Wyler (SP) vom 06.03.2013:

Druck des städtischen Steuerregisters sowie öffentliche Auflage im Steueramt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Rebekka Wyler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3680/2013): Jede und jeder soll wissen, was andere zu unserem Gemeinwesen beitragen. Das Gesetz über Information und Datenschutz (IDG) hat seit 2008 im Kanton Zürich seine Gültigkeit. In diesem wird festgehalten, dass alle Daten, die nicht explizit als geheim erklärt werden, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Dies, um die Transparenz des staatlichen Handelns zu gewährleisten. Im Falle von Steuerdaten besteht ein grosses öffentliches Interesse daran, wie Einkommen und Vermögen in der Stadt verteilt sind. Mit der Zugänglichkeit der Daten können Ungerechtigkeiten im aktuellen Steuersystem aufgedeckt werden. An anderen Orten ist die hier verlangte Praxis selbstverständlich.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Für diesen Schritt fehlt uns die gesetzliche Grundlage. Im kantonalen Steuergesetz ist geregelt, in welcher Form die Steuerdaten bekannt gegeben werden.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Fehr (SVP): Wenn wir Transparenz fordern, indem auf öffentlichen Plätzen Kameras gegen Vandalismus aufgestellt werden, spricht sich die SP als erste dagegen aus. Das Postulat lehnen wir nicht nur inhaltlich ab, es wird zudem im falschen Rat vorgetragen.

Markus Hungerbühler (CVP): Es gibt kein öffentliches Interesse für dieses Anliegen. Das Steuerregister ist heute bereits in Zürich öffentlich und wer etwas wissen will, kann auf dem Steueramt nachfragen. Steueroptimierungen müssen nicht kriminalisiert werden, sie sind legal. Wir sind für den Schutz der Privatsphäre.

Niklaus Scherr (AL): In einer Zeit, in der die Mieten in der Stadt explodieren, ist ein legitimes öffentliches Interesse daran vorhanden, was jemand verdient und was derjenige dem Staat zurückgibt. Steuern zu zahlen ist keine Privatangelegenheit, sondern in einer Demokratie ein öffentlicher Gegenstand.

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): Im Grunde ist der Vorstoss ein Misstrauensvotum gegenüber den städtischen Steuerkommissären, denen unterstellt wird, ihre Arbeit nicht richtig zu machen. Auch den Bürgerinnen und Bürgern wird vorgeworfen, ihre Steuererklärungen nicht gesetzeskonform auszufüllen. Es gibt viele Leute, die weder ihr geringes, noch ihr hohes Einkommen öffentlich zur Schau stellen wollen. Dieses private Wissen soll auch privat bleiben.

Ursula Uttinger (FDP): Jeder soll selbst bestimmen können, was mit den eigenen Daten passiert. Diese Kontrolle sollte nicht der Staat übernehmen. Die Verhältnismässigkeit ist entscheidend.

Samuel Dubno (GLP): Wenn Steuern zahlen an der Schnittstelle von öffentlichem und privatem Interesse steht, muss man konsequenterweise ebenfalls die Daten über

Sozialhilfeempfänger in der Stadt öffentlich machen. Auch sie bekommen Geld vom Staat. Wir lehnen den Angriff auf die Privatsphäre ab.

Gerhard Bosshard (EVP): *Im heutigen Medienzeitalter könnte eine Öffentlichmachung der Steuerdaten auch zu einer ungewollten Vervielfältigung führen. Abgesehen von der gesetzlichen Grundlage ist dies auch ein Grund, warum wir nicht für dieses Postulat stimmen können.*

Rebekka Wyler (SP): *Wenn das Geld ehrlich verdient ist, gibt es auch nichts zu verstecken.*

Das Postulat wird mit 53 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 8. Januar 2014, 17.00 Uhr.